

UDB Info 04/2017

UDB Unabhängige Demokratische Bürger Inden e.V. Info April 2017

www.udb-inden.de

Entschuldigen Sie bitte, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

daß wir Sie mit unserem UDB-Info zu Ostern so umfassend über beinahe nur ein Thema informieren, das viele von Ihnen vielleicht auch noch als „trocken“ empfinden werden:

Der Haushalt der Gemeinde Inden.

Gerade jetzt, am Rande einer finanziellen Krise, die über die drohenden, immensen Steuererhöhungen Bürgerinnen, Bürger und Gewerbetreibende hart treffen kann, sollten Sie wissen, was Ihre Politiker im Rathaus tun.

Im vergangenen Jahr schrieben wir an dieser Stelle¹, daß die große Koalition gemeinsam mit Bündnis '90/Grüne gegen den von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Bürgermeister anregiert und das politische Klima deutlich rauher geworden ist: Leider hat sich diese Lage noch weiter verschlimmert!

SPD und CDU versuchen, offenbar verleitet von ewig gestrigen Verführern in den eigenen Reihen, unablässig auf unanständige, billige und durchschaubare Weise Bürgermeister und Verwaltung zu diskreditieren.

So bleibt der UDB als faktisch einzig verbliebener Opposition, für Transparenz zu sorgen: Deshalb hat dieses UDB-Info so viel Text und deshalb wollen wir mit Ihnen am Karsamstag von 9 bis 11 Uhr an unserem Osterstand in Inden, Rathausstraße ins Gespräch kommen.

**Wir wünschen Ihnen
frohe Ostern! Ihre**

UDB

¹ UDB Info 3/2016 verfügbar unter: www.udb-inden.de/UDBInfo

Der Gemeinde-Haushalt 2017

In der Ratssitzung am Donnerstag, dem 06.04.2017 hat der Bürgermeister den Haushaltsplan 2017 und das Haushaltssicherungskonzept bis 2022 eingebracht.

Wie befürchtet, offenbart der auf realistischen Haushaltsansätzen beruhende Entwurf schonungslos die desolate Haushaltslage unserer Gemeinde.

Für das Haushaltsjahr 2017 wird trotz bereits eingerechneter Anhebung der Hebesätze noch ein Verlust in Höhe von rd. 6,4 Mio. € prognostiziert. Die Plan-Ergebnisse der Folgejahre zeigen ebenfalls Verluste in Millionenhöhe.

Der vom Gesetzgeber geforderte Haushaltsausgleich muss spätestens im letzten Jahr des Haushaltssicherungszeitraumes – also im Jahr 2022 erreicht werden. Sonst wären Haushalt und Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig. Die Folge wäre möglicherweise der Sparkommissar: Die Gemeinde hätte dann keinen Gestaltungsspielraum mehr.

Der vorliegende Entwurf der Verwaltung sieht bereits Einsparungen vor. Trotzdem wäre der Haushaltsausgleich demnach nur mit den folgenden drastischen Steigerungen der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer im Jahre 2022 zu erreichen:

	Ist	vorf. Ist	Planwerte laut Haushaltsplanentwurf					
	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Grundsteuer A	330 %	450 %	600 %	1000 %	1200 %	1450 %	1600 %	1.700 %
Grundsteuer B	460 %	580 %	900 %	1300 %	1500 %	1750 %	1900 %	2.000 %
Gewerbesteuer	490 %	530 %	600 %	750 %	850 %	950 %	1050 %	1.150 %

Diese Steuersätze können weder Hauseigentümern und Mietern noch Gewerbetreibenden zugemutet werden. Steueranhebungen in dieser Größenordnung können nicht die Lösung sein!

Ein Rezept gegen erdrosselnde Steuersätze?

Das alljährliche Einfordern der dringend notwendigen Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes beim Land NRW ist berechtigt, aber bisher erfolglos geblieben.

Die derzeitige Gesetzgebung benachteiligt insbesondere Kommunen im ländlichen Raum bei ihrer Finanzausstattung. Hierunter leiden viele Kommunen – nicht nur die Gemeinde Inden.

Dennoch unterscheidet sich die Gemeinde Inden von anderen Kommunen:

Analysiert man Ursachen und Gründe für die im Vergleich zu den meisten anderen Kommunen katastrophale Finanzsituation der Gemeinde Inden, kommt man zu folgendem Schluss:

Der für die Zeit nach dem Tagelbau (ab 2030) befürchtete Strukturbruch ist in der Gemeinde Inden bereits seit Jahren eingetreten!

Diese belastbare Erkenntnis führt zu dem Lösungsansatz der UDB-Inden:

Die UDB Inden hat daher für die Ratssitzung am 06.04.2017 folgenden, gut begründeten Antrag gestellt (Originaltext):

Die UDB Fraktion beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, unverzüglich einen **Antrag auf Struktur- ausgleichsförderung** für die Gemeinde Inden beim Land NRW zu stellen.

Durch die beantragte Struktur- ausgleichsförderung sollen die Folgen des umsiedlungsbedingten Einwohnerverlustes gemildert und die energiewendebedingt komplett weggebrochenen jährlichen Gewerbesteuerzahlungen des Bergbaubetriebenden/ Energieerzeugers ersetzt werden, damit ohne existenzvernichtende Anhebungen der Realsteuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer ein Haushaltsausgleich in der Gemeinde Inden im Haushaltszeitraum erreicht werden kann.

Begründung:

Seit Jahrzehnten leben wir in der Gemeinde Inden von und mit dem Tagebau. Die Fläche der Gemeinde Inden wird zu rund 70% vom Tagebau in Anspruch genommen¹. Hierdurch wurde und wird die Gemeinde in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erheblich beeinträchtigt. Flächen für Wohnbebauung und vor allem auch Gewerbeflächen stehen nur begrenzt zur Verfügung. Hierdurch wurde die Abwanderung von umziedelnden Gewerbebetrieben begünstigt (Beispiele hierfür sind im Antrag an das Land NRW aufzuführen) und Neuan-siedlungen erschwert. Im Ergebnis konnten Gewerbesteuerzahler nicht in der Gemeinde gehalten und auch nicht neu hinzugewonnen werden, so dass der Fokus nur auf den Hauptgewerbesteuerzahler gerichtet werden konnte.

¹Braunkohlengruben Inden, Sachlicher Teilschnitt Umsiedlung Pier, Vorbemerkungen

Ebenfalls ist durch die taugbau- bedingten Umsiedlungen ein starker Einwohnerverlust zu verzeichnen, der nur langsam aufgeholt werden kann. Vor Beginn der Umsiedlungen im Jahre 1990 lebten in der Gemeinde Inden rund 8.000 Menschen. Am 31.12.2010 nach Ende der Umsiedlungen betrug die Anzahl der Einwohner nur noch rd. 6.850 und erreichte damit einen absoluten Tiefstand. Am 31.12.2015 verzeichnete die Gemeinde Inden mit rd. 7.270 Einwohner wieder einen Einwohneranstieg und ist auch weiterhin auf gutem Wege (siehe Grafik). Während unsere Nachbarkommunen sich stetig weiterentwickeln konnten, bleibt die Gemeinde Inden im Vergleich auf deutlich niedrigerem Niveau zurück. Die hierdurch verursachten negativen Auswirkungen für den Haushalt der Gemeinde Inden konnten in der Vergangenheit durch städtische Gewerbesteuerzahlungen des Energieunternehmens in Millionenhöhe gemildert werden. Diese regulären Gewerbesteuerzahlungen (Vorauszahlungen) sind nun schon seit dem Jahre 2014 energiewen-

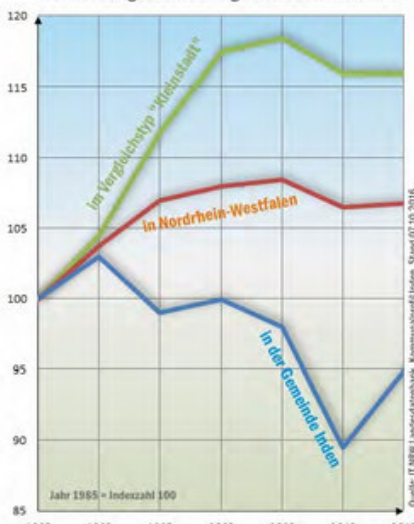
debedingt komplett ausgefallen und die Aussicht aufiedereinsetzende Steuerzahlungen in naher Zukunft ist eher als gering einzuschätzen. Erschwerend dazu kommt, dass bereits erhaltene Gewerbesteuernachzahlungen für vergangene Jahre unter dem Vorbehalt des Widerspruchs stehen und schlimmstenfalls zurückgezahlt werden müssen.

Die Folgen dieser von der Gemeinde Inden nicht verschuldeten Entwicklung sind in den zukünftigen jährlichen Haushaltsplanergebnissen als Millionendefizite zu besichtigen.

Diese Defizite können weder durch Einsparungen bei den freiwilligen Ausgaben noch durch Herabsetzung der Standards bei den Pflichtaufgaben ausgeglichen werden. **Die Gemeinde Inden hat jahrzehntelang zum Allgemeinwohl die o.a. Nachteile des Tagebaues getragen und damit zur sicheren Energieversorgung in NRW maßgeblich beigetragen. Sie darf jetzt nicht mit den energiewendebedingt eingetretenen jährlichen Haushaltsdefiziten in Millionenhöhe alleine gelassen werden.** Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewerbetreibenden in Inden dürfen nicht auch noch durch im Vergleich zu allen anderen Kommunen in NRW unverantwortlich hohen Realsteuerhebesätzen in ihrer Existenz bedroht werden.

Folgende, auf Grund von realistischen Haushaltsansätzen ermittelte, zum Erreichen des Haushaltsausgleichs erforderliche, stufenweisen Anhebungen der Realsteuerhebesätze wurden von der Verwaltung vor der Haushaltseinbringung angekündigt: Grundsteuer A von 330 % in 2016 auf ca. 600 % in 2017 und auf ca. 1.700 % in 2022, Grundsteuer B von 460 % in 2016 auf ca. 900 % in 2017 und auf ca.

Bevölkerungsentwicklung von 1985 bis 2015...



Quelle: IT-NRW, Landesdatenbank, Kommunale Statistik Inden, Stand 07.10.2016

ler Steuersätze!

2.000% in 2022 sowie Gewerbesteuer von 490% in 2016 auf ca. 600% in 2017 und auf ca. 1.150% im Jahre 2022.

Selbst wenn nach der Haushalts-einbringung und den Haushalts-beratungen noch Veränderungen bei den Hebesätzen entstehen sollten, so bleiben insgesamt die Größenordnung der Hebesätze und damit das Grundproblem erhalten. Belastungen in dieser Höhe wären wohl einmalig in NRW und könnten von den Bürgern und Gewerbetreibenden nicht getragen werden. **Bestand und Entwicklung der Gemeinde Inden würden durch solch hohe Steuersätze zunichte gemacht. Die Existenz der Gemeinde Inden würde vernichtet.**

Die zur Verhinderung eines Strukturbruchs derzeit aus gutem Grund geplanten Maßnahmen für die Zeit nach dem Tagebau (ab 2030) kommen für Inden

Gemeinde-Haushalt 2017:

Hausaufgaben machen!

Einsparpotentiale prüfen

Einsparvorschläge der Bürger aus der Bürgerversammlung auf Machbarkeit prüfen und in die Haushaltsberatungen einfließen lassen. Keine Denkerbote bei selbst einschränkenden Vorschlägen aus Verwaltung und Politik, wie z.B. „Verkleinerung des Rates“, oder „Zusammenlegung von Ausschüssen“!

Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Wenn das Land NRW seinen Kommunen Aufgaben überträgt oder Standards erhöht und dies zu einer wesentlichen Mehrbelastung führt, muss das Land gleichzeitig für Ausgleich sorgen:

„Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!“
Bisher erfolgt oft keine hundertprozentige Kostenerstattung (z.B. Inklusion, Flüchtlinge usw.) und die Kommunen bleiben auf den Kosten sitzen. Die Landtagskandidatinnen und Kandidaten aller Parteien müssen sich in der kommenden Wahlperiode verantwortlich für eine Veränderung einsetzen!

Forderung: Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen auf dem Land

Seit vielen Jahren erhalten je nach Einwohnerzahl große Kommunen pro Einwohner über 140% an Landesmitteln, kleine Kommunen hingegen 100%. Die ursprüngliche Grundannahme, große Städte bräuchten mehr Geld als der ländliche Raum für ihre Infrastruktur stimmt lange nicht mehr. Diese Verteilungsgerechtigkeit muss abgeschafft werden: Auch dafür sollen sich die Landtagskandidaten aller Parteien in der kommenden Wahlperiode einsetzen.

Umlageverbände sind gefordert, Einsparpotentiale zu prüfen und Etatverbesserungen auf der Ausgabenseite zu erzielen

Die Umlageverbände (Landschaftsverband Rheinland, Kreis Düren, Wasserverband Eifel-Rur, kommunale Datenverarbeitungszentrale), die ihre Kosten größtenteils nicht selbst erwirtschaften, sondern auf ihre Kommunen umlegen, sind gefordert, ihrerseits Einsparbeiträge zu leisten, die es den Kommunen ermöglichen, zu geordneten Finanzen zurückzukehren.

Vermeidung unsozialer Steuererhöhungen

Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen bedrohen das Wohlergehen in Inden in unvorstellbarer Weise.

von (ab 2007) sollten die Löhne zu spät. Der für die Zukunft befürchtete Strukturbruch ist in Inden bereits seit Jahren eingetreten.

Ohne sofortige finanzielle Unterstützung kann die Gemeinde Inden in den nächsten Jahren nicht überleben. Die Zeit drängt.

Wir bitten **alle** Fraktionen im Rat der Gemeinde Inden um Beschlussfassung im Sinne unseres Antrages.

Nach längerer Diskussion wurde der UDB-Antrag in der Ratssitzung am 06.04.2017 einstimmig angenommen.

Man einigte sich darauf, dass die Verwaltung den Antrag an die Landesregierung auf finanzielle Unterstützung der Gemeinde Inden ausarbeitet und dann dem Ältestenrat und den Fraktionen zur finalen Abstimmung vorlegt.

Wir hoffen im Interesse der Gemeinde und der Bürgerinnen und Bürger darauf, dass dieser Vorgang zügig von statten geht und es nicht wieder zu unnötigen Verzögerungen kommt.

Die vorgesehenen Steuererhöhungen verstoßen das Wohnen in Inden in eine prekäre Lage. Von einer Erhöhung der Grundsteuer B sind sowohl die Eigentümer von Häusern, Wohnungen und Gewerbeimmobilien als auch die Mieter, die Grundbesitzabgaben in aller Regel über die Betriebskosten zahlen müssen, betroffen.

Da die Wohnnebenkosten bzw. Betriebskosten in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind, sollten die Verantwortlichen die drastischen Erhöhungen überdenken.

Drastische Steuererhöhungen führen zu drastischen Folgen: Verringerung der Einwohnerzahlen und Gewerbetreibenden, Verschlechterung der Infrastruktur, Sterben von Geschäften, Gastronomie, Arztpraxen und damit zur Verringerung der Steuereinnahmen.

GroKo-Grüner ad-hoc-Beschluss mit Folgen:

12.714 €/Jahr Extrakosten!

Eine höchst strittige Entscheidung der NRW-Landesregierung, wonach Ausschussvorsitzende pauschal eine **zusätzliche** Aufwandsentschädigung in einer Höhe von **€ 211,90 pro Monat** erhalten sollen, wurde von der großen Koalition mit Unterstützung der Grünen überraschend auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 06.04. gesetzt und beschlossen – mit gravierenden Folgen für den Gemeindehaushalt:

Für fünf Indener Ausschüsse gilt diese Regelung, die auch dazu führt, dass jemand, der zwei Ausschüssen vorsitzt, € 5.085,60 / Jahr erhält – für die Leitung von derzeit fünf angesetzten Sitzungen im Jahr 2017.

Diese Aufwandsentschädigungen werden neben den „normalen“ Bezügen für Rats- und ggfs. Kreistagszugehörigkeit gezahlt.

Die UDB hat die zusätzliche Aufwandsentschädigung bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.02. abgelehnt: Sie hält es für ein falsches Zeichen, wenn in der derzeit finanziell höchst schwierigen Zeit die Zahlung weiterer Aufwandsentschädigungen beschlossen würde.

Da die Verwaltung ihre rechtliche Prüfung, ob diese Zahlungen geleistet werden müssen, noch nicht abgeschlossen hat, nahm die UDB an der Abstimmung im Rat nicht teil.

UDB

Glosse:

Die Verhinderer



Was du nicht verhindern kannst, mache zu deiner eigenen Sache: An dieses Leitbild des alten Julius Cäsar mußte man sich erinnern fühlen, wenn man an den Umgang der GroKo mit dem Antrag über Strukturausgleichsförderung der UDB auf der Ratssitzung am 6.4. nachdenkt.

Trotz aller Bemühungen des Klein- und Schlehtredens hatte selbst die GroKo erkannt, dass dieser UDB-Antrag ein letzter Strohalm für die Gemeinde Inden sein könnte und eine Ablehnung vor Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, nur schwer zu rechtfertigen gewesen wäre.

Dieses einzige Mal haben die Lenker im Hintergrund ihrer Fraktionsvorsitzenden erkannt, dass die Gemeinde zählt.

Leider aber werden in GroKo-Grüner-Eintracht weiterhin Möglichkeiten ausgelassen, torpediert oder leichtfertig aufs Spiel gesetzt, die die Lage unserer Gemeinde hätten verbessern können. Einige Beispiele:

„Glück gehabt“ – Schophoven hätte durch eine in blindwütigem Aktionismus von der GroKo erlassenen, handwerklich unausgesehenen Haushaltssperre beinahe die Fördergelder für die Dorfentwicklung verloren (nur mit viel Glück und Engagement der Verwaltung erhält Schophoven die Mittel im zweiten Anlauf)

„NRW first, Inden second“ – Eine Entscheidung über eine Klage, die die gerechte Verteilung von Geldmitteln für die Versorgung der Flüchtlinge zwischen den nordrheinwestfälischen Städten und Gemeinden zum Ziel hat, verschieben SPD und Grüne mit der CDU im Schlepptau von Ausschuss zu Ausschuss – augenscheinlich, um nicht zugeben, ihnen

versucht dem Bürgermeister immer wieder seine juristische Ausbildung zum Vorwurf zu machen.

„Net mulle, werke!“ – Statt mit der gleichen Mühe und Zeit an Lösungsvorschlägen zur Konsolidierung des Indener Haushalts zu arbeiten, seziiert die SPD inquisitorisch in einer mehrteiligen Artikelserie die vorgelegten Haushaltszahlen der Gemeinde mit dem Ziel, den Bürgermeister und die Verwaltung zu diskreditieren: Dieses Blendwerk bringt kein Geld in die Kasse, führt keinen Zentimeter weiter und kann nur als Versuch gesehen werden, mit peinlichen Nachhilfeempfehlungen an den Bürgermeister Verantwortlichkeiten zu konstruieren, um von der eigenen Untätigkeit abzulenken. Gleiches gilt für die „schwarze Kasse“: Statt das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens abzuwarten, prüft man offenbar lieber ganz penibel, wie der jetzige Bürgermeister die Akten führt.

Weil sie nur mit sich selbst und ihren Kleinkriegen beschäftigt ist, muß das, was die UDB in ihrer Oppositionsarbeit für Inden, seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen versucht, die GroKo geradezu erschrecken:

In ihrer ganzen Hilflosigkeit und weil sie völlig einfalllos jeden gerade in Mode befindlichen, plakativen Begriff nachplappert, brandmarkt die GroKo Anträge der UDB immer wieder pauschal mit dem Stempel „Populismus“: Ein Vorgehen übrigens, das sich wahre Populisten gern zu Eigen machen...

Sicherlich auch unter dem Druck der Öffentlichkeit (vergl. Bericht der JÜLICHER NACHRICHTEN v. 06.04.2017) haben SPD/CDU und B90/GRÜNE jetzt dem UDB-Antrag zur Beauftragung der Verwaltung, einen Antrag auf Struk-

Flüchtlinge:

Runder Tisch

Im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss der Gemeinde Inden stellte sich im Oktober 2016 der Asylkreis Inden selbst und seine Arbeit vor. In der anschließenden Diskussion wurde u.a. angeregt, im Rahmen eines „Runden Tisches“ regelmäßige Treffen von Politik, Verwaltung und Asylkreis ins Leben zu rufen.

An einem Runden Tisch diskutieren VertreterInnen der von einem Thema, hier „Flüchtlinge“ betroffenen Interessengruppen, gleichberechtigt und versuchen, eine gemeinsame Lösung im Interesse aller zu finden, d.h.

- bestimmte Probleme lösen
- Erfahrungen austauschen
- Meinungen einholen
- Standpunkte verdeutlichen
- Ideen sammeln
- Kommunikation mit anderen Gruppen einleiten u. vertiefen.

Dem aktuellen „Runden Tisch“ gehören Vertreter der Gemeinde, je 1 Vertreter der im Rat vertretenen Parteien sowie Mitglieder des Asylkreises an. Der „Runde Tisch“ wird moderiert von Hermann-J. Schmitz, Vorsitzender des SSK. Bisher trat der „Runde Tisch“ zweimal zusammen; u.a. wurden die Themen Unterkunft, Integration, Umzüge sowie WLAN diskutiert. Der Asylkreis selbst hat vorgesehen, einen weiteren, sogenannten „Großen Runden Tisch“ mit zusätzlichen Teilnehmern aus Vereinen, Kirchen und interessierten Bürgern zu starten.

Impressum

Unabhängige Demokratische Bürger Inden e.V. eingetragen in das Vereinsregister unter VR 2330 beim Amtsgericht Düren

1. Vorsitzender UDB Inden e.V. (v.i.S.d.P.) Heinz Beilen, Am Luyberg 7, 52459 Inden
Telefon: 0 24 23 / 39 07, Fax: 0 24 23 / 9 09 99 54
eMail: vonstand@udb-inden.de

Fraktionsvorsitzender UDB Inden Fraktion: Herbert Schlächter, Grünstraße 37, 52459 Inden
Telefon: 0 24 65 / 28 92
eMail: fraktion@udb-inden.de

SCHIEDLICH, MIT BEWEGUNG GEGEN DIE
Landesregierung zu Felde ziehen
zu müssen: Um diese klare Priori-
tätensetzung contra Inden zu ka-
schieren, hat man sich offenbar
einen Plan zurechtgelegt: Man

turausgleichsförderung beim Land
NRW zu stellen, zugestimmt.

Wir werden Sie zeitnah über den
weiteren Fortgang bezüglich der
Antragstellung informieren.

Bankverbindung:
Sparkasse Düren, BIC: SDUEDE33XXX
IBAN: DE44 3955 0110 1200

UDB Inden e.V. im Internet:
www.udb-inden.de
info@udb-inden.de
oder scannen Sie diesen Code ▶



UDB

Gemeinsam!
Für Alle. Für Inden.

unabhängig denken
demokratisch handeln
bürgernah entscheiden